

Bürgerinitiative
„Keine Nordumfahrung Kahla-Plessa B 169

per e-mail



Isabell Hiekel
Mitglied des Landtages

Lausitzbüro
Oberkirchplatz 2
03046 Cottbus
ih@isabell-hiekel.de
www.isabell-hiekel.de

Cottbus, den 15.09.2021

Ihr Schreiben vom 12.08.2021

Sehr geehrte Frau Walter,
sehr geehrter Herr Schröder,

vielen Dank für Ihr Schreiben bezüglich der geplanten Ortsumfahrung Kahla-Plessa vom 12.08.2021. Da ich mich in unserer Fraktion intensiv mit der Ortsumfahrung befasse, schreibe ich Ihnen auch im Auftrag der von Ihnen angeschriebenen anderen Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag – Petra Budke, Ricarda Budke, Sahra Damus, Thomas von Gizycki, Heiner Klemp, Carla Kniestedt, Benjamin Raschke, Clemens Rostock und Marie Schäffer.

Die Problematik war im März 2021 an mich herangetragen worden und bewegt mich sehr. Nach mehreren Telefonaten und Sichtung von Unterlagen habe ich mir während einer Radtour mit Frau Schröder-Grahe und Herrn Schrey am 1. April 2021 die Situation vor Ort angesehen. Seitdem ist für mich völlig klar, dass die weitere Beplanung der Nordvariante in eine Sackgasse führt.

Ich hatte daraufhin in der Landtagssitzung am 18. März die mündliche Anfrage gestellt, unter welchen Voraussetzungen das Linienbestimmungsverfahren der DEGES nochmal aufgegriffen werden kann, um dem Raumordnungsbeschluss aus dem Jahr 2011 gerecht zu werden. Leider hatte Minister Beermann meine Frage an diesem Tag nicht erschöpfend beantwortet, aber im Nachgang der Sitzung zu einem Gesprächstermin mit der DEGES eingeladen. Dieser Termin fand am 23. April 2021 unter Teilnahme des Ministers, des

verkehrspolitischen Sprechers unserer Fraktion – Clemens Rostock – und zwei Vertretern der DEGES statt. Von Seiten des Ministeriums und der DEGES wurde dabei nochmals deren Position untermauert. Demnach hätte sich im Verlauf der weiteren Planung nach dem Raumordnungsverfahren die nunmehr von der DEGES favorisierte Nordvariante als einzige jetzt vertretbare Variante herausgestellt, da die Südvariante wegen des Freiraumverbundes nicht umsetzbar wäre. Die Nordvariante soll zunächst weiter geplant werden. Wenn sich im Rahmen der Entwurfs- und Genehmigungsplanung herausstellt, dass die Nordvariante doch nicht umsetzbar ist, hätte man die rechtlichen Grundlagen für eine Ausnahme vom Freiraumverbund und könnte die Südvariante wieder aufgreifen.

Ich halte dieses Vorgehen nicht für produktiv im Sinne der wirklich notwendigen Ortsumfahrung, zumal meine Nachfragen im Umweltministerium ergeben haben, dass der Freiraumverbund und die damit in Verbindung gebrachten Kranichrastplätze südlich Plessa in keinem Verhältnis zu den Schäden stehen, die durch die Nordvariante für die Natur und die Menschen entstehen. Eine Südumfahrung mit der Koppelung von Hochwasserschutz und Ortsumfahrung sollte nochmals ernsthaft geprüft werden. Auf meine Nachfrage an die DEGES, dass mit der Nordumfahrung große Summen zunächst in ein Projekt investiert werden, das dann höchstwahrscheinlich wieder komplett umgeplant werden muss, hieß es, das dies normale Praxis wäre. Aus Sicht einer Steuerzahlerin kann ich das nicht nachvollziehen.

Nun aber zu ihren Fragen:

1. Sind Sie bereit, den entsprechenden Bürgerwillen unseres Amtes bei der Realisierung einer Südumfahrung zu unterstützen?

Ja, natürlich! Ich halte die Nordvariante für nicht umsetzbar, weil wir es hier mit natürlichen Schutzgütern und vor allem mit Menschen zu tun haben, die in ihrem Wohnumfeld durch diese Umgehungsstraße massiv beeinträchtigt werden. Außerdem bergen die Altlasten des Bergbaus unberechenbare Risiken für dieses Projekt, die jetzt noch gar nicht abzuschätzen sind. Dazu hatte ich im Wirtschaftsministerium nachgefragt und erwartungsgemäß keine erschöpfende Antwort bekommen. Man kann jetzt noch gar nicht abschätzen, was da auf uns zukommt.

2. Welche Möglichkeiten der Unterstützung sehen Sie – speziell für sich selbst – aktiv im Sinn einer positiven Umsetzung des entsprechenden Bürgerwillens mitzugestalten?

Ich gehe davon aus, dass wir im Zuge der bevorstehenden Bundestagswahl eine neue Regierungskoalition bekommen und dass auch das Bundesverkehrsministerium mit einem anderen Minister besetzt wird. Damit dürften sich hoffentlich die Rahmenbedingungen verbessern, nochmal Anlauf zu nehmen, um das Linienbestimmungsverfahren für die Ortsumfahrung aufzugreifen und dem Ergebnis des Raumordnungsverfahrens anzupassen. Dafür würde ich mich einsetzen.

3. Sind Sie gewillt, eine erneute Änderung des Freiraumverbundes um Plessa bei der GL einzubringen oder positiv zu unterstützen, damit das MIL damit beauftragt wird, eine Lösung für eine südliche Umfahrung von Plessa zu schaffen?

Nein, denn eine Änderung des Freiraumverbundes ist nicht nötig. Nach dem Landesentwicklungsplan (Z 6.2) sind Ausnahmen vom Freiraumverbund möglich: für überregional bedeutsame Planungen oder Maßnahmen, insbesondere für eine überregional bedeutsame linienhafte Infrastruktur, soweit ein öffentliches Interesse an der Realisierung besteht. Das dürfte hier der Fall sein. Voraussetzung dafür ist, dass die raumbedeutsame Planung oder Maßnahme nicht auf anderen geeigneten Flächen außerhalb des Freiraumverbundes durchgeführt werden kann und die Inanspruchnahme minimiert wird. Nach meiner Einschätzung sind diese Voraussetzungen mit dem Raumordnungsbeschluss von 2011 und nach Auswertung der neueren Unterlagen gegeben.

Ich möchte zum Schluss nochmal betonen, dass auch die anderen Abgeordneten unserer Fraktion hinter den hier geäußerten Antworten stehen und dass Sie sich unserer Unterstützung sicher sein können.

Mit freundlichen Grüßen,



Isabell Hiekel